

**Antwort auf eine Kleine schriftliche Anfrage**

- Drucksache 17/3035 -

Wortlaut der Anfrage der Abgeordneten Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling und Christian Dürr (FDP), eingegangen am 26.02.2015

**Pflegeeltern**

In Niedersachsen lebten am Stichtag 31.12.2012 fast 7 000 Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien. Die Pflegeeltern widmen ihnen viel Zeit, Zuneigung, Fürsorge und nehmen oft genug auch große Anstrengungen auf sich, um einem jungen Menschen ein Zuhause zu bieten.

Die Kinder und Jugendlichen, die Tag und Nacht betreut und versorgt werden, sollen ein hohes Maß an Geduld und Liebe bekommen. Denn auch sie müssen viel leisten. Oft genug müssen sie schwierige Erfahrungen aus ihren Herkunftsfamilien verarbeiten, sie müssen sich in neue Beziehungen und neue Lebensumstände eingewöhnen, und sie müssen lernen, Vertrauen zu fassen und sich in dieser Welt zurechtzufinden.

Dieses kann prinzipiell in einem familiären Umfeld besser gelingen als in einer Institution. Zudem ist eine Pflegefamilie aus Sicht der Behörden vielfach schon alleine deshalb erstrebenswert, weil sie günstiger ist als ein Platz im Heim. Darüber hinaus existieren Studien, die nahelegen, dass insbesondere bei sehr jungen Kindern die generelle Entwicklung von einem Aufenthalt in einer Pflegefamilie profitiert. Beispielhaft sei hier auf „The Science of Neglect: The Persistent Absence of Responsive Care Disrupts the Developing Brain - Working Paper 12“ des Center on the Developing Child der Harvard University verwiesen, in dem u. a. (negative) Veränderungen der elektrischen Gehirnaktivitäten oder das Risiko einer Schwächung des Immunsystems thematisiert werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen im Vergleich zu Pflegefamilien?
2. Welche Kriterien für die Eignung müssen zukünftige Pflegeeltern erfüllen, und woraus leiten sich die Kriterien ab?
3. Gibt es besondere Kriterien für die Aufnahme eines Kindes mit Behinderungen und, wenn ja, welche?
4. Wie viele Pflegeeltern gibt es aktuell in Niedersachsen?
5. Wie viele Pflegeeltern fehlen aktuell in Niedersachsen?
6. Wie groß ist der Anteil der Pflegeeltern mit Migrationshintergrund (bitte in absoluten und prozentualen Zahlen)?
7. Wie viele Pflegekinder sind derzeit in Regenbogenfamilien untergebracht (bitte in absoluten und prozentualen Zahlen)?
8. Wie hat sich die absolute Zahl der Unterbringungen in Heimen und Familien zwischen 2004 und 2014 in Niedersachsen insgesamt entwickelt?
9. Wie haben sich diese Zahlen in den Jahren 2004 bis 2014 in den einzelnen Landkreisen, kreisfreien Städten bzw. der Region Hannover entwickelt?
10. Trifft es zu, dass ein Teil des Kindergeldes nicht an die Kinder bzw. Pflegefamilien ausgezahlt wird, und, wenn ja, wie hoch ist dieser Teil, und mit welcher Begründung wird er nicht ausgezahlt?

11. Pflegeeltern, die ein Kind während der ersten 36 Monaten nach Ablauf des Monats der Geburt erziehen, haben einen Anspruch auf Anrechnung der Kindererziehungszeiten für die Rentenversicherung. Warum ist Berücksichtigungszeit auf die ersten 36 Monate begrenzt?
12. Welche Unterstützung gibt das Land Kommunen und Pflegeeltern?
13. Gibt es Pläne, die Unterstützung auszubauen, und, wenn ja, welche?
14. Wie steht Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern im Bereich Pflegeeltern?

(An die Staatskanzlei übersandt am 04.03.2015)

### Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium  
für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung  
- 3043306 -

Hannover, den 06.05.2015

Wenn ein Kind in eine Pflegefamilie aufgenommen wird, bildet diese Aufnahme den Abschluss eines Prozesses, an dessen Ausgangspunkt zumeist eine Kindeswohlgefährdung steht. In dessen Verlauf sind verschiedene Fachdienste des Jugendamtes zu beteiligen, wird häufig das Familiengericht eingeschaltet und an dessen Ende muss der Pflegekinderdienst des Jugendamtes eine geeignete Familie finden. Mit der Aufnahme ist für das Pflegekind mit einer hohen Wahrscheinlichkeit eine Weichenstellung verbunden, die ein ganzes Leben lang wirkt. Bei der Vermittlung der Kinder kommt es daher maßgeblich darauf an, eine jeweils im Einzelfall geeignete Familie zu finden. Hierbei müssen die Jugendämter die Besonderheiten und die Lebensgeschichte des Kindes ebenso wie die Herkunftsfamilie und deren Lebenssituation sowie die Möglichkeiten und Grenzen der Pflegeelternbewerber berücksichtigen.

Zur Beantwortung der Fragen 4 bis 7 und 9 wurden die niedersächsischen Jugendämter um Datenübermittlung gebeten. Von 56 Jugendämtern haben 35 Jugendämter geantwortet. Die entsprechenden Daten sind der Bundesstatistik nicht zu melden und daher von den Jugendämtern häufig nicht erfasst worden.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Bei der Vollzeitpflege nach § 33 Aches Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) und der Heimerziehung nach § 34 SGB VIII handelt es sich um Hilfen zur Erziehung. Personensorgeberechtigte haben gemäß § 27 SGB VIII bei der Erziehung eines Kindes oder einer Jugendlichen bzw. eines Jugendlichen Anspruch auf Hilfe, wenn eine dem Wohl des Kindes oder der Jugendlichen bzw. des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für die Entwicklung des Kindes oder der Jugendlichen bzw. des Jugendlichen geeignet und notwendig ist. Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall. Die Personensorgeberechtigten haben das Recht, Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der Hilfe zu äußern (§ 5 SGB VIII). Ist Hilfe außerhalb der eigenen Familie erforderlich, so sind die oder der Personensorgeberechtigte und das Kind oder die Jugendliche bzw. der Jugendliche bei der Auswahl der Einrichtung oder der Pflegestelle zu beteiligen.

Der Entscheidung, welche Form der Hilfe gewährt wird, geht damit ein intensiver Beratungsprozess voraus, der sich am jeweiligen Einzelfall orientiert. Dieser Prozess entzieht sich der Bewertung durch die Landesregierung. Sowohl die Vollzeitpflege als auch die Heimunterbringung sind etablierte Hilfeformen.

Zu 2:

Zweck der Eignungsfeststellung ist es, die Frage einer grundsätzlichen Eignung zu beantworten und Erkenntnisse über die Geeignetheit von Bewerberinnen und Bewerbern für Kinder mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Vorerfahrungen zu gewinnen. Die Eignungsfeststellung ist Grundbedingung dafür, die „richtige Familie“ für ein Kind zu finden.

Die Jugendämter orientieren sich im Wesentlichen an der Handreichung „Weiterentwicklung der Vollzeitpflege - Anregungen und Empfehlungen für die niedersächsischen Jugendämter“ des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS).

Die Empfehlungen zur Gestaltung der individuellen Eignungsprüfung in der Handreichung orientieren sich an den Arbeitshilfen des Bayerischen Landesjugendamtes.

Vorgeschlagen werden:

1. die Einholung von Unterlagen:
  - erweitertes Gesundheitsattest vom Gesundheitsamt: körperliche, psychische und Suchterkrankungen (zur Abklärung eventuell vorliegender psychischer Erkrankungen geben die Bewerberinnen und Bewerber dem Gesundheitsamt eine Schweigepflichtsentbindung für die Hausärztin oder den Hausarzt bzw. der behandelnden Fachärztin oder dem behandelnden Facharzt),
  - erweitertes Führungszeugnis aller im Haushalt lebenden Erwachsenen und
  - Einkommensnachweis (gegebenenfalls Schufa-Eigenauskunft),
  - soweit erforderlich in Abhängigkeit der gewünschten Pflegeart: ein Nachweis der beruflichen Qualifikation,
2. der Einsatz von Fragebögen (die gleichzeitig Informationen an die Bewerberinnen und Bewerber enthalten und auf datenschutzrechtliche Thematiken eingehen), bestehend aus einem
  - Basisbogen (persönliche Daten der Bewerbenden, Einkommensverhältnisse, Kinder und weitere Personen im Haushalt, Wohnverhältnisse, bestehende oder frühere Sucht- und psychiatrische Erkrankungen sowie psychotherapeutische Behandlungen), verbunden mit Fragebogen über Vorstellungen zur Aufnahme eines Pflegekindes (zum Alter, Geschlecht, Geschwister, Kinder ausländischer Herkunft, Kinder anderer Hautfarbe, Toleranzen für besondere Problemlagen wie Verhaltensauffälligkeiten, sonderschulbedürftige Kinder, geistig und körperbehinderte Kinder, kranke und traumatisierte Kinder, Toleranzen gegenüber verschiedenen familiären Hintergründen des Kindes, Vorstellungen über die Zusammenarbeit mit Herkunftsfamilien u. a.),
  - Fragebogen „Informationen und Fragen zur Aufnahme eines Pflegekindes“ (mit Kurzinformationen und Fragen u. a. zu Erfahrungen mit dem Thema „Pflegekind“, zu Gründen für den Entschluss, ein Kind aufzunehmen, zu Vorstellungen über die Dauer des geplanten Pflegeverhältnisses und - ausführlich - zu verschiedenen Aspekten der Zusammenarbeit mit der Herkunftsfamilie),
  - Zusatzfragebögen für Bewerberinnen und Bewerber, die sich an der Aufnahme eines „besonderen“ Kindes interessiert zeigen (Aufnahme eines ausländischen Kindes, von älteren Kindern oder Geschwistern, von einem Kind mit erhöhtem erzieherischen Bedarf, eines Kindes mit körperlichen Beeinträchtigungen, eines in seiner geistigen Entwicklung eingeschränkten Kindes) und
3. Bewerber-Einzelgespräche.

Zu 3:

Der Gesetzgeber verwendet in der für die Vollzeitpflege maßgeblichen Norm nicht den Begriff der Behinderung, sondern spricht von „besonders entwicklungsbeeinträchtigten Kindern und Jugendlichen“ (§ 33 Satz 2 SGB VIII), für die geeignete Formen der Familienpflege zu schaffen und auszubauen sind.

Die niedersächsischen Anregungen und Empfehlungen zur Vollzeitpflege sehen für die besonders entwicklungsbeeinträchtigten Kinder und Jugendlichen die sogenannte Sonderpädagogische Vollzeitpflege vor. Pflegefamilien in dieser Form der Pflegekinderhilfe sollen „pädagogisch-psychologisch und gegebenenfalls medizinisch-pflegerisch qualifiziert“ sein, über eine „einschlägige Berufserfahrung“ verfügen und in der Regel nicht mehr als zwei Pflegekinder gleichzeitig betreuen.

Die Betreuung durch das Jugendamt soll nach den Empfehlungen mit einem Personalschlüssel erfolgen, der für 15 Plätze in der Sonderpädagogischen Vollzeitpflege eine Fachkraft des Jugendamtes bzw. freien Trägers vorsieht. Darüber hinaus sollen die Pflegefamilien Supervision in Anspruch nehmen können.

Zu 4:

Die Anzahl der Pflegefamilien wird im Rahmen der jährlichen gesetzlichen Statistik nach § 99 SGB VIII nicht erhoben. Von den 35 Jugendämtern haben 33 Jugendämter diese Frage beantwortet. Im Bereich dieser Jugendämter gibt es aktuell 4 082 Pflegeeltern.

Die Stiftung Universität Hildesheim führt derzeit im Auftrag des MS das Forschungsprojekt „Pflegekinder und Pflegefamilien mit Migrationshintergrund“ durch. Im Rahmen dieses noch bis Ende 2015 laufenden Vorhabens wurde im Juni 2014 eine Vollerhebung einiger statistischer Grunddaten durchgeführt. Zu diesen Daten gehört auch die Erhebung der Anzahl der Pflegefamilien. Danach gab es im Referenzmonat Juni 2014 in Niedersachsen 5 147 Pflegefamilien.

Die Anzahl der Pflegefamilien wurde in Niedersachsen schon einmal zum Stichtag 31.12.2001 für die wissenschaftliche Untersuchung „Strukturen der Vollzeitpflege in Niedersachsen“ im Auftrag des MS erhoben. Zu diesem Zeitpunkt gab es in Niedersachsen 5 358 Pflegefamilien.

Zu 5:

Diese Frage lässt sich nach objektiven Kriterien nicht beantworten. Im Rahmen der individuellen Hilfeplanung für einen jungen Menschen auf der Rechtsgrundlage des § 36 SGB VIII wird nicht erfasst, ob eine Pflegefamilie potenziell eine geeignete aber de facto nicht verfügbare Hilfeform wäre. Nur über eine derartige auf den Einzelfall bezogene Erfassung wäre jedoch der objektive Bedarf an Pflegefamilien ermittelbar.

Die Stiftung Universität Hildesheim hat bei der im Juni 2014 durchgeführten Fachkräftebefragung in allen niedersächsischen Jugendämtern die Einschätzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach der Bedarfsdeckung in den verschiedenen Formen der Vollzeitpflege (VZP) abgefragt. Wie aus der nachstehenden Tabelle zu entnehmen ist, halten demnach 51,8 % der Jugendämter den Bedarf an Pflegefamilien, die Kinder unbefristet in ihrer Familie aufnehmen, für nicht gedeckt. Im Bereich der sogenannten Sozialpädagogischen Vollzeitpflege wird diese Einschätzung sogar von 68 % der Jugendämter geteilt.

Die nachstehende Tabelle enthält Werte, die auf einer subjektiven Einschätzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern örtlicher Jugendämter beruhen, die wichtige Hinweise enthalten aber nicht mit objektiv erhobenem statistischem Material gleichgesetzt werden dürfen.

<b>Forschungsprojekt: Pflegekinder und Pflegefamilien mit Migrationshintergrund Datenerhebung in den Niedersächsischen Pflegekinderdiensten (PKD) im Juni 2014 F2.5a. Einschätzung zum Angebot und zur Nachfrage von Pflegestellen</b>		
Pflegeform/Bedarf	Bedarf gedeckt/eher gedeckt	Bedarf nicht gedeckt/eher nicht gedeckt
Befristete VZP (82,1 % der PKD's haben geantwortet bzw. halten die Pflegeform vor)	30,4 %	69,6 %
Kurzzeit (83,9 %)	40,9 %	51,1 %
Bereitschaft (80,4 %)	48,9 %	48,8 % k. A. 2,2 %
Unbefristete VZP (100 %)	48,2 %	51,8 %
Soz.päd. VZP (89,5 %)	32 %	68 %

<b>Forschungsprojekt: Pflegekinder und Pflegefamilien mit Migrationshintergrund Datenerhebung in den Niedersächsischen Pflegekinderdiensten (PKD) im Juni 2014 F2.5a. Einschätzung zum Angebot und zur Nachfrage von Pflegestellen</b>		
Pflegeform/Bedarf	Bedarf gedeckt/eher gedeckt	Bedarf nicht gedeckt/eher nicht gedeckt
Sonder.päd. VZP (69,6 %)	59 %	41 %
Verwandtenpflege (96,4 %)	73,2 %	22,3 % k. A. 5,6 %

Zu 6:

Von den 35 Jugendämtern haben 32 Jugendämter insgesamt 188 Pflegeeltern mit Migrationshintergrund mitgeteilt. Der prozentuale Anteil reicht von 0 % bis 18,18 %.

Zu 7:

Von den 35 Jugendämtern haben 32 Jugendämter insgesamt 40 Pflegekinder gemeldet, die in Regenbogenfamilien leben. Der prozentuale Anteil reicht von 0 % bis 3,7 %. Eine Kommune hat nicht die Anzahl von Pflegekindern in Regenbogenfamilien mitgeteilt, sondern die Anzahl der Regenbogenfamilien und deren prozentualen Anteil (15 Regenbogenfamilien / 21 %).

Zu 8:

Es wird auf die Antwort zu Frage 9 verwiesen.

Zu 9:

31 Jugendämter haben Zahlen zur Entwicklung der Heimunterbringung mitgeteilt, wobei nicht alle Angaben der Jugendämter den gesamten Zeitraum umfassen. Die mitgeteilten Zahlen sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Hansestadt Lüneburg	112	104	105	110	109	117	87	110	119	116	111
Landkreis Aurich	208	223	210	237	267	272	302	317	332	350	332
Landkreis Celle	105	106	65	64	84	102	91	94	91	106	106
Landkreis Cloppenburg	118	108	121	172	196	212	214	219	192	181	173
Landkreis Cuxhaven	291	327	312	322	376	345	325	357	335	297	293
Landkreis Diepholz	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	206	199	203	211	246	258
Landkreis Emsland	264	256	282	275	282	307	328	340	322	330	344
Landkreis Friesland	58	61	58	79	90	110	111	112	136	142	137
Landkreis Goslar	93	83	75	75	93	98	101	110	121	124	114
Landkreis Göttingen	125	105	109	70	69	98	91	96	119	131	150
Landkreis Harburg	178	201	197	239	246	255	281	292	289	280	276
Landkreis Heidekreis	k. A.	k. A.	109	108	174	169	154	139	121	131	133
Landkreis Nienburg/Weser	63	73	82	100	103	135	133	148	167	161	161
Landkreis Northeim	91	133	153	176	190	212	193	198	205	188	217
Landkreis Oldenburg	108	111	103	127	150	150	138	136	141	143	109
Landkreis Rotenburg (Wümme)	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	196	190	190	188	185
Landkreis Schaumburg	166	169	178	190	192	225	178	191	196	207	169
Landkreis Uelzen	103	96	94	96	97	81	97	91	98	105	108
Landkreis Verden	114	112	111	112	121	104	114	141	147	159	130
Landkreis Wittmund	29	32	31	37	41	33	30	32	30	31	40
Landkreis Wolfenbüttel	66	62	75	69	83	94	92	93	114	130	131
Region Hannover	385	380	352	379	415	426	471	485	485	495	486
Stadt Braunschweig	165	168	174	152	164	169	152	167	200	217	225
Stadt Burgdorf	8	11	14	14	17	16	20	21	20	20	23
Stadt Celle	54	45	49	51	54	55	55	51	57	58	73
Stadt Göttingen	k. A.	k. A.	k. A.	134	125	110	112	109	93	106	104
Stadt Langenhagen	60	72	68	73	81	81	96	93	85	63	68
Stadt Osnabrück	257	213	179	196	206	195	205	210	208	196	214
Stadt Salzgitter	k. A.	k. A.	k. A.	121	131	129	136	136	144	133	141
Stadt Wilhelmshaven	53	60	78	96	119	115	124	131	150	153	168

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Stadt Wolfsburg	76	88	75	73	72	86	93	111	122	119	146
<b>Gesamt</b>	<b>3 350</b>	<b>3 399</b>	<b>3 459</b>	<b>3 947</b>	<b>4 347</b>	<b>4 707</b>	<b>4 919</b>	<b>5 123</b>	<b>5 240</b>	<b>5 306</b>	<b>5 325</b>

34 Jugendämter haben Zahlen zur Entwicklung der Familienunterbringung mitgeteilt, wobei nicht alle Angaben der Jugendämter den gesamten Zeitraum umfassen. Die mitgeteilten Zahlen sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Hansestadt Lüneburg	30.	30	30	30	30	30	30	30	30	30	27
Landkreis Aurich	239	235	239	239	250	247	250	257	274	272	263
Landkreis Celle	141	135	138	151	162	159	157	155	151	154	147
Landkreis Cloppenburg	k. A.	80	84	96	108	110	105	112	108	106	106
Landkreis Cuxhaven	122	124	128	163	134	140	140	152	170	152	147
Landkreis Diepholz	129	130	144	161	161	203	197	259	297	299	304
Landkreis Emsland	330	351	341	358	386	395	453	431	419	459	497
Landkreis Friesland	k. A.	122	137	139	134	130	132	151	158	161	158
Landkreis Goslar	207	211	198	209	210	214	211	233	250	260	268
Landkreis Göttingen	127	144	161	168	185	190	184	184	193	187	199
Landkreis Harburg	145	170	182	198	203	217	217	204	194	197	200
Landkreis Heidekreis	k. A.	k. A.	202	170	224	209	203	245	189	199	194
Landkreis Hildesheim	103	105	102	104	109	108	112	114	114	115	124
Landkreis Holzminden	47	42	46	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	95
Landkreis Nienburg/Weser	128	131	137	141	141	139	145	162	165	188	198
Landkreis Northeim	117	142	136	137	155	150	156	167	168	176	197
Landkreis Oldenburg	108	93	97	90	87	105	91	99	103	113	92
Landkreis Rotenburg (Wümme)	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	278	287	295	272	271
Landkreis Schaumburg	90	101	109	121	161	209	207	195	201	197	171
Landkreis Uelzen	87	68	62	64	70	67	70	72	82	80	97
Landkreis Vechta	92	89	101	104	109	111	116	124	129	126	126
Landkreis Verden	122	142	201	192	201	199	200	210	200	202	200
Landkreis Wittmund	96	95	98	99	99	107	111	107	116	114	109
Landkreis Wolfenbüttel	96	128	144	148	156	163	158	156	158	154	155
Region Hannover	316	358	328	339	347	360	383	376	368	358	406
Stadt Braunschweig	213	208	208	201	201	212	202	219	222	244	263
Stadt Burgdorf	20	30	28	38	32	39	40	43	43	45	36
Stadt Celle	140	137	144	130	136	157	164	159	154	137	141
Stadt Göttingen	83	87	83	89	96	100	102	102	87	96	97
Stadt Langenhagen	29	28	31	27	27	28	26	32	32	31	32
Stadt Osnabrück	257	249	258	257	274	283	262	239	255	259	279
Stadt Salzgitter	k. A.	k. A.	k. A.	75	103	106	123	132	127	128	130
Stadt Wilhelmshaven	190	184	180	174	162	161	151	164	152	159	169
Stadt Wolfsburg	102	91	100	115	118	119	108	117	120	116	124
<b>Gesamt</b>	<b>3 906</b>	<b>4 240</b>	<b>4 577</b>	<b>4 727</b>	<b>4 971</b>	<b>5 167</b>	<b>5 484</b>	<b>5 689</b>	<b>5 724</b>	<b>5 786</b>	<b>6 022</b>

Zu 10<sup>1</sup>:

Für Pflegekinder besteht ein Anspruch auf Kindergeld, das grundsätzlich den Eltern zusteht. Der Kindergeldanspruch kann auf die Pflegeeltern übergehen, wenn das Kind auf längere Dauer in den Haushalt der Pflegeeltern aufgenommen wurde und kein Obhuts- und Pflegeverhältnis mehr zu den leiblichen Eltern besteht.

Das Jugendamt rechnet in diesen Fällen einen Teil des Kindergeldes auf das Pflegegeld an. Diese Möglichkeit der Anrechnung geht darauf zurück, dass sowohl ein Teil des Kinder- als auch des Pflegegeldes dazu dienen, den materiellen Aufwand des Kindes zu decken. Bei ungekürztem Kindergeld würde somit der materielle Aufwand des Kindes doppelt finanziert werden.

<sup>1</sup> Siehe auch wortgleiche Antwort auf die dritte Frage der Mündlichen Anfrage „Pflegeeltern“ (Drs. 17/2980).

Die Anrechnung des Kindergeldes ist in § 39 Abs. 6 SGB VIII wie folgt geregelt:

„Wird das Kind oder der Jugendliche im Rahmen des Familienleistungsausgleichs nach § 31 des Einkommensteuergesetzes bei der Pflegeperson berücksichtigt, so ist ein Betrag in Höhe der Hälfte des Betrages, der nach § 66 des Einkommensteuergesetzes für ein erstes Kind zu zahlen ist, auf die laufenden Leistungen anzurechnen. Ist das Kind oder der Jugendliche nicht das älteste Kind in der Pflegefamilie, so ermäßigt sich der Anrechnungsbetrag für dieses Kind oder diesen Jugendlichen auf ein Viertel des Betrages, der für ein erstes Kind zu zahlen ist.“

Zu 11:

Nach § 3 S. 1 Nr. 1 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) begründet die Erziehung eines Kindes unter den Voraussetzungen des § 56 SGB VI kraft Gesetzes Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Anrechnung einer Kindererziehungszeit setzt u. a. voraus, dass die Erziehung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgt ist.

Zu den erziehenden Elternteilen gehören neben den leiblichen Eltern auch Adoptiv-, Stief- und Pflegeeltern (§ 56 Abs. 1 SGB VI i. V. m. § 56 Abs. 3 Nr. 3 SGB I). Die Aufnahme eines Pflegekindest steht der Erziehung eines leiblichen Kindes im rentenrechtlichen Sinne gleich.

Die rentenrechtliche Berücksichtigung von Zeiten der Erziehung eines Pflegekindest folgt den gleichen Grundsätzen, die auch für die Erziehung von leiblichen Kindern gelten. Die Kindererziehungszeit für ein ab dem 01.01.1992 geborenes Kind beginnt nach Ablauf des Monats der Geburt und endet nach 36 Kalendermonaten. Eine Anerkennung über die ersten 36 Kalendermonate der Erziehung hinaus sehen die rechtlichen Regelungen nicht vor.

Zu 12:

Das Land Niedersachsen unterstützt die Kommunen seit beinahe 15 Jahren systematisch und zielgerichtet bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in der Pflegekinderhilfe. In Zusammenarbeit mit den Kommunalen Spitzenverbänden, der Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter der Länder Niedersachsen und Bremen und örtlichen Jugendämtern wurde in den Jahren 2001 bis 2003 die wissenschaftliche Untersuchung „Strukturen der Vollzeitpflege in Niedersachsen“ durchgeführt. Basierend auf den Ergebnissen dieser Untersuchung wurden anschließend von einer fast identischen Projektgruppe die „Anregungen und Empfehlungen für die Niedersächsischen Jugendämter“ entwickelt und 2008 in erster Auflage veröffentlicht. Diese wurden zuletzt im Jahr 2012 aktualisiert. Die wissenschaftliche Begleitung der dargestellten Projekte wurde durch die Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung aus Bremen übernommen. Die Ergebnisse wurden jeweils in großen öffentlichen Veranstaltungen durch das MS den Kommunen vorgestellt. Die nächste Aktualisierung der Empfehlungen ist für das kommende Jahr geplant, nachdem die Ergebnisse des Forschungsvorhabens der Universität Hildesheim zum Thema Migration vorliegen.

Die Anregungen und Empfehlungen zur Vollzeitpflege stellen die Basis für die strukturelle Ausgestaltung und die inhaltliche Diskussion in der Pflegekinderhilfe in den niedersächsischen Jugendämtern dar. Daneben bietet das Landesamt für Soziales, Jugend und Familie - Landesjugendamt - ein dichtes und vielfältiges Angebot an Fortbildungsveranstaltungen für die in der Pflegekinderhilfe tätigen sozialpädagogischen Fachkräfte in den Jugendämtern und freien Trägern an.

Zusätzlich hat sich in den letzten Jahren ein Veranstaltungsformat etabliert, das das Landesjugendamt in Kooperation mit der Universität Hildesheim entwickelt hat. An mittlerweile acht Hochschul- und Universitätsstandorten finden im Wintersemester 2015/2016 zum dritten Mal sogenannte Ringvorlesungen statt. Diese Ringvorlesungen wenden sich neben Studentinnen und Studenten der Sozialen Arbeit immer auch an die örtlichen Jugendämter, Pflegefamilien und andere an der Pflegekinderhilfe Interessierte. Die drei- bis vierstündigen Veranstaltungen bestehen aus drei Teilen. Neben einem Hauptvortrag von in der Forschung und Praxis der Pflegekinderhilfe herausragenden Persönlichkeiten gibt es jeweils einen einführenden Vortrag zur Pflegekinderhilfe sowie die Vorstellung des örtlichen Jugendamtes bzw. örtlicher oder überregionaler Pflegeelternvereine und -verbände. Ziel dieser Ringvorlesungen ist es, aktuelle Forschungsergebnisse aus dem In- und Ausland zur Diskussion zu stellen, die Pflegekinderhilfe auch im universitären Raum besser zu ver-

ankern und die genannten sehr unterschiedlichen Zielgruppen in einen Austausch zu bringen. Die Ringvorlesung wird gefördert durch das MS.

Zu 13:

Das Land Niedersachsen verfolgt mit der Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe seit vielen Jahren einen von allen wichtigen Akteuren getragenen und wertgeschätzten Weg der Unterstützung der örtlichen Jugendämter und der in diesem Bereich tätigen freien Träger. Das Landesjugendamt steht hier in engem Kontakt zu allen wichtigen Partnern der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe sowie der Wissenschaft auf dem Gebiet der Pflegekinderhilfe.

Die Aufgaben des Landes in der Kinder- und Jugendhilfe sind im SGB VIII gesetzlich normiert und liegen im Kontext einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit öffentlichen und freien Trägern und konkret in der Beratung und Unterstützung der örtlichen Ebene sowie auf der Entwicklung von Empfehlungen. Vor dem Hintergrund der geschilderten Aktivitäten und der Anerkennung der Leistungen des Landes auf dem Gebiet der Pflegekinderhilfe erscheint zurzeit ein weiterer Ausbau der Unterstützungsleistungen des Landes für die Kommunen und freien Träger nicht notwendig.

Zu 14:

Die dargestellte langjährige systematische Unterstützung der Kommunen und die vorgestellten Instrumente dieser Unterstützung bilden ein in Deutschland auf Länderebene einmaliges Fundament der Pflegekinderhilfe, das seit einigen Jahren auch überregional beachtet und anerkannt wird. Deutlich wird diese Reputation an der Aufmerksamkeit in der Fachwelt, an direkten Rückmeldungen, Zitaten in Fachpublikationen, Einladungen zu Tagungen und Kongressen u. a.

Cornelia Rundt